

**TOP: 7****Beschlussvorlage**  
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-29-2018

**Federführendes Amt** :Hauptamt

03.05.2018

**Beratungsfolge**

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	17.05.2018					

Betreff:

**Beratung und Beschluss:** Der Beschluss zur Tagesordnung Nr. 4 - Informationen des Bürgermeisters - der 34. Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 wird beanstandet. Der Beschluss "Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, die Sporthalle nicht unverzüglich gesperrt zu haben." vom 22.03.2018 wird aufgehoben.

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt, den Beschluss zur TOP 4: "Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung missbilligen das Verhalten des Bürgermeisters, nach Kenntnis des Gutachtens der Ingenieurgesellschaft, die Turnhalle ab 22.12.2017 nicht sofort gesperrt bzw. die Bereiche, für die Gefahren für Leib und Leben angezeigt wurden, gesondert gesichert zu haben. Das ist ein ernstes Versäumnis. Wir gehen davon aus, dass er die genannten Schlussfolgerungen umsetzt und erwarten von ihm, dass er sich bei wichtigen Entscheidungen in der Verwaltung auch mit Abgeordneten konsultiert. Wir schlagen den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vor, hier über diesen Antrag abzustimmen und eine Diskussion zu der Sache im nicht-öffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu führen." vom 22.03.2018 aufzuheben.

**Beratungsergebnis:**

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingebraucht durch :Bürgermeister  
 Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....  
 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

### Problembeschreibung/Begründung

In der Stadtverordnetenversammlung am 22.03.2018 wurde ein Beschluss gefasst, der nicht auf der Tagesordnung stand. Durch die Erweiterung der Tagesordnung wurde dem Bürgermeister Herrn Busse eine Missbilligung ausgesprochen.

- Gemäß § 35 Abs. 2 BbgKVerf kann die Tagesordnung in der Sitzung nur durch Beschluss erweitert werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, **die keinen Aufschub duldet**. Insoweit steht den Mitgliedern der Gemeindevertretung kein Beurteilungsspielraum zu. Eine Angelegenheit duldet dann keinen Aufschub, wenn ihre Beratung und Entscheidung unter Berücksichtigung der vorgegebenen Frist für die Ladung nicht bis zur nächsten möglichen Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne dass Nachteile entstehen würden, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Vielmehr ist ihre Entscheidung, ob die Voraussetzungen für eine Erweiterung gegeben sind, vom Verwaltungsgericht voll überprüfbar. Beim vorliegenden Sachverhalt ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Ein Verfahrensbeschluss, der die Tagesordnung erweitert, ohne dass eine Dringlichkeit vorliegt, ist rechtswidrig, weil sie ebenfalls gegen geltendes Verfahrensrecht verstößt.
- Darüber hinaus hätte Herr Busse weder beratend noch beschließend mitwirken dürfen. Beschlüsse, die unter Verletzung der Befangenheitsvorschrift zustande kommen, sind zu beanstanden, wenn die Mitwirkung für die Entscheidung erheblich war, der Beschluss also ohne seine Mitwirkung möglicherweise nicht oder anders gefasst worden wäre.

Gemäß § 55 Abs. 1 BbgKVerf hat der Hauptverwaltungsbeamte Beschlüsse der Gemeindevertretung zu beanstanden, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind. Dem hauptamtlichen Bürgermeister steht hinsichtlich der Entscheidung, ob er beanstandet oder eine Beanstandung unterlässt, grundsätzlich kein Ermessen zu.

Da der Bürgermeister in eigenen Angelegenheiten nicht tätig werden darf und dem Mitwirkungsverbot unterliegt, wurde der gefasste Beschluss vom stellvertretenden Bürgermeister gegenüber dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung beanstandet.

Die Gemeindevertretung hat spätestens in der nächsten ordentlichen Sitzung erneut zu entscheiden. Nach § 55 Absatz 1 Satz 5 BbgKVerf erfolgt die Abstimmung über die Beanstandung namentlich. Die Entscheidung der Gemeindevertretung ist keine politische Entscheidung, sondern ein Akt der rechtlichen Selbstkontrolle.

Soweit der Beschluss nicht erneut gefasst wird, gilt er als aufgehoben.

gez. Bianca Haak  
Hauptamtsleiterin und stellv. Bürgermeisterin

.....

.....